

109-4 1327

39 liliu

10.3.2009 Paul

Abschrift.

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren

Prag, den 22. November 1939.

Der Vertreter des Auswärtigen Amts
Nr. D.Pol.4.

Abschriftlich

dem Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren
z.Hd. des Herrn Kabinettschefs

dem Herrn Wehrmachtbevollmächtigten
General F r i d e r i c i

dem Herrn Befehlshaber der Sicherheitspolizei,
z.Hd. von SS-Obergruppenführer Dr. Stahlecker

- je besonders -

P r a g

zur vertraulichen Kenntnis übersandt.

gez. Z i e m k e.

W.
Bret. am 20. 11. 1939 (S. 100) bei
dem Herrn Staatsprotector.

1/2 22/11.39.

St. 4 IV C - 2 / 39 g

11. C

1/100

Deutsche Botschaft
Brüssel

Brüssel, den 8. November
1939.

Betrifft: Tätigkeit der tschechischen
Emigranten in Frankreich.

Die bisherige Tätigkeit der tschechischen Emigranten in Frankreich hat sich seit Kriegsbeginn im Gegensatz zu der polnischen Scheinregierung verhältnismässig unbemerkt und ohne grössere propagandistische Aufmachung vollzogen. Der hauptsächlichste Unterschied in der Behandlung der Tschechen und Polen durch die westlichen Demokratien besteht darin, dass ersteren trotz aller ihrer Bemühungen und im Gegensatz zum Weltkrieg bisher die Bildung einer Scheinregierung nach polnischem Muster nicht gestattet worden ist. Die Gründe für diese unterschiedliche Behandlung dürften z.T. in persönlichen Zwistigkeiten innerhalb der tschechischen Emigration, z.T. darin liegen, dass sich England und Frankreich mangels einer rechtlichen Verpflichtung den Tschechen gegenüber in der Frage der Kriegsziele nicht festlegen wollen.

Die Grundlage der Beziehungen zwischen der tschechischen Emigration und den alliierten Regierungen hat sich somit seit Kriegsbeginn nicht verschoben. Sie besteht nach wie vor darin, dass die ehemaligen tschechischen Gesandten in Paris und London als "offizielle Vertreter des tschecho-slowakischen Volkes" anerkannt wurden. In Paris haben diese Beziehungen am 2. Oktober zum Abschluss eines Vertrages geführt, demzufolge die französische Regierung den Tschechen die Bildung eines tschechoslowakischen Heeresverbandes auf französischem Boden gestattet und der für Frankreich vom Ministerpräsidenten Daladier und für die tschechische Emigration von dem ehemaligen Gesandten Osusky unterzeichnet ist. Der Wortlaut dieses Vertrages ist bisher weder im "Journal Officiel" noch in der Presse erschienen, so dass nicht festgestellt werden kann, ob er bereits in Kraft getreten ist oder nicht,

Sei dem wie auch immer, jedenfalls hat sich die Haupttätigkeit der Tschechen bisher auf den Versuch beschränkt, den im Vertrag vorgesehenen Heeresverband aufzustellen. Als sein Oberbefehls-

haber ist Pressenachrichten zufolge der tschechische General Ingr bestimmt worden. Im "Oberkommando" ist ausserdem noch der frühere Generalinspektor der slowakischen Armee General Viest tätig. Die Führung einschliesslich des Unteroffizierkorps und die Mannschaften des aufzustellenden Heeresverbandes werden ausschliesslich aus Tschechen und Slowaken bestehen. Die Rekrutierung des polnischen Heeresverbandes, über den ich in anderem Zusammenhang berichtet habe, erfolgt bekanntlich unter Mitwirkung der französischen Behörden. Diejenige des tschechischen Heeresverbandes beruht dagegen offenbar allein auf der Freiwilligen-Werbung. Anfang Oktober wollte die französische Presse wissen, dass sich bereits 10.000 Freiwillige gemeldet hätten und 500 nach Frankreich geflüchtete Flieger bereit ständen. Es liegt auf der Hand, dass diese Ziffern dem Bereich der Phantasie angehören. Immerhin berichtet die Presse gelegentlich, dass Freiwilligentransporte nach dem tschechischem Ausbildungslager abgegangen seien. So ging Ende Oktober eine Nachricht durch die Zeitungen, wonach "ein 3. Kontingent tschecho-slowakischer Soldaten im Alter von 18 bis 40 Jahren aus der Umgebung von Paris" abgefahren sei. Erwähnt sei in diesem Zusammenhange noch, dass sich bei dem Französischen Roten Kreuz ein tschechisches Comité gebildet hat.

Am 7. Oktober ist Herr Benesch, von London kommend, zu einem etwa dreiwöchigen Aufenthalt in Paris eingetroffen und im Hotel Grillon an der Place de la Concorde abgestiegen. In seiner Begleitung befanden sich der erwähnte General Viest und als Finanzexpert ein Herr Outrata. Von der französischen Presse wurde Herr Benesch bei dieser Gelegenheit als "früherer Präsident der tschechoslowakischen Regierung" bezeichnet. Schon daraus ergibt sich, dass Herr Benesch mit hochgespannten Erwartungen nach Paris gekommen sein dürfte. Dass daraus der zweifellos von ihm gewünschten und betriebenen Bildung einer tschechoslowakischen Scheinregierung dann nichts geworden ist, dürfte zum Teil auf Quertreibereien des tschechoslowakischen Gesandten Osusky zurückzuführen sein, der bekanntlich nach München in einen scharfen Konflikt mit Benesch gekommen ist. In Ermangelung einer fruchtbaren Tätigkeit musste sich Benesch während seiner Anwesenheit in Paris auf einige propagandistische Erklärungen an die



Presse und mehr oder weniger spektakuläre Besuche beschränken. Bei seinen Presseempfangen feierte er hauptsächlich das oben erwähnte Militärabkommen mit Frankreich, wobei er den unbedingten Willen des tschechischen Volkes, seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen, unterstrich. Soweit die französische Presse darüber berichtet hat, führten seine Besuche Herrn Benesch u.a. zum französischen Ministerpräsidenten und zum polnischen "Ministerpräsidenten" General Sikorski, der übrigens auch von Herrn Hodza aufgesucht worden ist. Über die Fühlungnahme Beneschs mit österreichischen Legitimisten habe ich bereits berichtet. Grösser aufgemacht wurde schliesslich der Besuch Beneschs in dem in der rue Bonaparte gelegenen Hause, wo er während des Weltkrieges amtiert hat, und bei dem im "Cercle Militaire" versammelten tschechischen Offizieren. An dem Empfang durch Letzere nahmen von französischer Seite u.a. teil die Generäle Mittelhauser als früherer Chef des Generalstabes des tschechoslowakischen Heeres und Faucher als früherer Chef der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei.

Nach seiner Abreise aus Paris hat Herr Benesch in der "Oeuvre" einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er seine Kriegsziele darlegt. Er fordert darin ein neues Gleichgewicht zwischen den grossen Nationen; ein neues System für die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Grossmächten einerseits und den Klein- und Mittelstaaten andererseits; schliesslich ein neues System der kollektiven Sicherheit. Auch hier also stellt Herr Benesch unter Beweis, dass er der Ewiggestrige ist und bleibt.

gez. v. Bülow-Schwante.

An das Auswärtige Amt, Berlin.

Abschrift.

4

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren

Prag, den 22. November 1939.

Der Vertreter des Auswärtigen Amts
Nr. D.Pol.4.

Abschriftlich

dem Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren
z.Hd. des Herrn Kabinettschefs

dem Herrn Wehrmachtbevollmächtigten
General F r i d e r i c i

dem Herrn Befehlshaber der Sicherheitspolizei,
z.Hd. von SS-Obergruppenführer Dr. Stahlecker

- je besonders -

Prag

zur vertraulichen Kenntnis übersandt.

gez. Z i e m k e.

Deutsche Botschaft
Brüssel

Brüssel, den 8. November
1939.

Betrifft: Tätigkeit der tschechischen
Emigranten in Frankreich.

Die bisherige Tätigkeit der tschechischen Emigranten in Frankreich hat sich seit Kriegsbeginn im Gegensatz zu der polnischen Scheinregierung verhältnismässig unbemerkt und ohne grössere propagandistische Aufmachung vollzogen. Der hauptsächlichste Unterschied in der Behandlung der Tschechen und Polen durch die westlichen Demokratien besteht darin, dass ersteren trotz aller ihrer Bemühungen und im Gegensatz zum Weltkrieg bisher die Bildung einer Scheinregierung nach polnischem Muster nicht gestattet worden ist. Die Gründe für diese unterschiedliche Behandlung dürften z.T. in persönlichen Zwistigkeiten innerhalb der tschechischen Emigration, z.T. darin liegen, dass sich England und Frankreich mangels einer rechtlichen Verpflichtung den Tschechen gegenüber in der Frage der Kriegsziele nicht festlegen wollen.

Die Grundlage der Beziehungen zwischen der tschechischen Emigration und den alliierten Regierungen hat sich somit seit Kriegsbeginn nicht verschoben. Sie besteht nach wie vor darin, dass die ehemaligen tschechischen Gesandten in Paris und London als "offizielle Vertreter des tschecho-slowakischen Volkes" anerkannt wurden. In Paris haben diese Beziehungen am 2. Oktober zum Abschluss eines Vertrages geführt, demzufolge die französische Regierung den Tschechen die Bildung eines tschechoslowakischen Heeresverbandes auf französischem Boden gestattet und der für Frankreich vom Ministerpräsidenten Daladier und für die tschechische Emigration von dem ehemaligen Gesandten Osusky unterzeichnet ist. Der Wortlaut dieses Vertrages ist bisher weder im "Journal Officiel" noch in der Presse erschienen, so dass nicht festgestellt werden kann, ob er bereits in Kraft getreten ist oder nicht,

Sei dem wie auch immer, jedenfalls hat sich die Haupttätigkeit der Tschechen bisher auf den Versuch beschränkt, den im Vertrag vorgesehenen Heeresverband aufzustellen. Als sein Oberbefehls-

5a

Prilubada nov - 2 -

haber ist Pressenachrichten zufolge der tschechische General Ingr bestimmt worden. Im "Oberkommando" ist ausserdem noch der frühere Generalinspektor der slowakischen Armee General Viest tätig. Die Führung einschliesslich des Unteroffizierkorps und die Mannschaften des aufzustellenden Heeresverbandes werden ausschliesslich aus Tschechen und Slowaken bestehen. Die Rekrutierung des polnischen Heeresverbandes, über den ich in anderem Zusammenhang berichtet habe, erfolgt bekanntlich unter Mitwirkung der französischen Behörden. Diejenige des tschechischen Heeresverbandes beruht dagegen offenbar allein auf der Freiwilligen-Werbung. Anfang Oktober wollte die französische Presse wissen, dass sich bereits 10.000 Freiwillige gemeldet hätten und 500 nach Frankreich geflüchtete Flieger bereit ständen. Es liegt auf der Hand, dass diese Ziffern dem Bereich der Phantasie angehören. Immerhin berichtet die Presse gelegentlich, dass Freiwilligentransporte nach dem tschechischen Ausbildungslager abgegangen seien. So ging Ende Oktober eine Nachricht durch die Zeitungen, wonach "ein 3. Kontingent tschecho-slowakischer Soldaten im Alter von 18 bis 40 Jahren aus der Umgebung von Paris" abgefahren sei. Erwähnt sei in diesem Zusammenhange noch, dass sich bei dem Französischen Roten Kreuz ein tschechisches Comité gebildet hat.

Am 7. Oktober ist Herr Benesch, von London kommend, zu einem dreiwöchigen Aufenthalt in Paris eingetroffen und im Hotel Grillon an der Place de la Concorde abgestiegen. In seiner Begleitung befanden sich der erwähnte General Viest und als Finanzexperte ein Herr Qutrata. Von der französischen Presse wurde Herr Benesch bei dieser Gelegenheit als "früherer Präsident der tschechoslowakischen Regierung" bezeichnet. Schon daraus ergibt sich, dass Herr Benesch mit hochgespannten Erwartungen nach Paris gekommen sein dürfte. Dass daraus der zweifellos von ihm gewünschten und betriebenen Bildung einer tschechoslowakischen Scheinregierung dann nichts geworden ist, dürfte zum Teil auf Quertreibereien des tschechoslowakischen Gesandten Osusky zurückzuführen sein, der bekanntlich nach München in einen scharfen Konflikt mit Benesch gekommen ist. In Ermangelung einer fruchtbaren Tätigkeit musste sich Benesch während seiner Anwesenheit in Paris auf einige propagandistische Erklärungen an die

64894



6

Presse und mehr oder weniger spektakuläre Besuche beschränken. Bei seinen Presseempfangen feierte er hauptsächlich das oben erwähnte Militärabkommen mit Frankreich, wobei er den unbedingten Willen des tschechischen Volkes, seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen, unterstrich. Soweit die französische Presse darüber berichtet hat, führten seine Besuche Herrn Benesch u.a. zum französischen Ministerpräsidenten und zum polnischen "Ministerpräsidenten" General Sikorski, der übrigens auch von Herrn Hodza aufgesucht worden ist. Über die Fühlungnahme Beneschs mit österreichischen Legitimisten habe ich bereits berichtet. Grösser aufgemacht wurde schliesslich der Besuch Beneschs in dem in der rue Bonaparte gelegenen Hause, wo er während des Weltkrieges amtiert hat, und bei dem im "Cercle Militaire" versammelten tschechischen Offizieren. An dem Empfang durch Letzere nahmen von französischer Seite u.a. teil die Generäle Mittelhauser als früherer Chef des Generalstabes des tschechoslowakischen Heeres und Faucher als früherer Chef der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei.

Nach seiner Abreise aus Paris hat Herr Benesch in der "Oeuvre" einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er seine Kriegsziele darlegt. Er fordert darin ein neues Gleichgewicht zwischen den grossen Nationen; ein neues System für die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Grossmächten einerseits und den Klein- und Mittelstaaten andererseits; schliesslich ein neues System der kollektiven Sicherheit. Auch hier also stellt Herr Benesch unter Beweis, dass er der Ewiggestrige ist und bleibt.

gez. v. Bülow-Schwante.

An das Auswärtige Amt, Berlin.

Abschrift von Abschrift.

Deutsche Botschaft
Brüssel

Brüssel, den 8. November
1939.

Betrifft: Tätigkeit der tschechischen
Emigranten in Frankreich.

Die bisherige Tätigkeit der tschechischen Emigranten in Frankreich hat sich seit Kriegsbeginn im Gegensatz zu der polnischen Scheinregierung verhältnismässig unbemerkt und ohne grössere propagandistische Aufmachung vollzogen. Der hauptsächlichste Unterschied in der Behandlung der Tschechen und Polen durch die westlichen Demokratien besteht darin, dass ersteren trotz aller ihrer Bemühungen und im Gegensatz zum Weltkrieg bisher die Bildung einer Scheinregierung nach polnischem Muster nicht gestattet worden ist. Die Gründe für diese unterschiedliche Behandlung dürften z.T. in persönlichen Zwistigkeiten innerhalb der tschechischen Emigration, z.T. darin liegen, dass sich England und Frankreich mangels einer rechtlichen Verpflichtung den Tschechen gegenüber in der Frage der Kriegsziele nicht festlegen wollen.

Die Grundlage der Beziehungen zwischen der tschechischen Emigration und den alliierten Regierungen hat sich somit seit Kriegsbeginn nicht verschoben. Sie besteht nach wie vor darin, dass die ehemaligen tschechischen Gesandten in Paris und London als "offizielle Vertreter des tschecho-slowakischen Volkes" anerkannt wurden. In Paris haben diese Beziehungen am 2. Oktober zum Abschluss eines Vertrages geführt, demzufolge die französische Regierung den Tschechen die Bildung eines tschechoslowakischen Heeresverbandes auf französischem Boden gestattet und der für Frankreich vom Ministerpräsidenten Daladier und für die tschechische Emigration von dem ehemaligen Gesandten Osusky unterzeichnet ist. Der Wortlaut dieses Vertrages ist bisher weder im "Journal Officiel" noch in der Presse erschienen, sodass nicht festgestellt werden kann, ob er bereits in Kraft getreten ist oder nicht.

Sei dem wie auch immer, jedenfalls hat sich die Haupttätigkeit der Tschechen bisher auf den Versuch beschränkt, den im Vertrag vorgesehenen Heeresverband aufzustellen. Als sein Oberbefehls-

Ya

haber ist Pressenachrichten zufolge der tschechische General Ingr bestimmt worden. Im "Oberkommando" ist ausserdem noch der frühere Generalinspektor der slowakischen Armee General Viest tätig. Die Führung einschliesslich des Unteroffizierkorps und die Mannschaften des aufzustellenden Heeresverbandes werden ausschliesslich aus Tschechen und Slowaken bestehen. Die Rekrutierung des polnischen Heeresverbandes, über den ich in anderem Zusammenhang berichtet habe, erfolgt bekanntlich unter Mitwirkung der französischen Behörden. Diejenige des tschechischen Heeresverbandes beruht dagegen offenbar allein auf der Freiwilligen-Werbung. Anfang Oktober wollte die französische Presse wissen, dass sich bereits 10.000 Freiwillige gemeldet hätten und 500 nach Frankreich geflüchtete Flieger bereit ständen. Es liegt auf der Hand, dass diese Ziffern dem Bereich der Phantasie angehören. Immerhin berichtet die Presse gelegentlich, dass Freiwilligentransporte nach dem tschechischen Ausbildungslager abgegangen seien. So ging Ende Oktober eine Nachricht durch die Zeitungen, wonach "ein 3. Kontingent tschecho-slowakischer Soldaten im Alter von 18 bis 40 Jahren aus der Umgebung von Paris" abgeföhren sei. Erwähnt sei in diesem Zusammenhange noch, dass sich bei dem Französischen Roten Kreuz ein tschechisches Comité gebildet hat.

Am 7. Oktober ist Herr Benesch, von London kommend, zu einem etwa dreiwöchigen Aufenthalt in Paris eingetroffen und im Hotel Grillon an der Place de la Concorde abgestiegen. In seiner Begleitung befanden sich der erwähnte General Viest und als Finanzexpert ein Herr Qutrata. Von der französischen Presse wurde Herr Benesch bei dieser Gelegenheit als "früherer Präsident der tschechoslowakischen Regierung" bezeichnet. Schon daraus ergibt sich, dass Herr Benesch mit hochgespannten Erwartungen nach Paris gekommen sein dürfte. Dass daraus der zweifellos von ihm gewünschten und betriebenen Bildung einer tschechoslowakischen Scheinregierung dann nichts geworden ist, dürfte zum Teil auf Quertreibereien des tschechoslowakischen Gesandten Osusky zurückzuführen sein, der bekanntlich nach München in einen scharfen Konflikt mit Benesch gekommen ist. In Ermangelung einer fruchtbaren Tätigkeit musste sich Benesch während seiner Anwesenheit in Paris auf einige propagandistische Erklärungen an die



Presse und mehr oder weniger spektakuläre Besuche beschränken. Bei seinen Presseempfangen feierte er hauptsächlich das oben erwähnte Militärabkommen mit Frankreich, wobei er den unbedingten Willen des tschechischen Volkes, seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen, unterstrich. Soweit die französische Presse darüber berichtet hat, führten seine Besuche Herrn Benesch u.a. zum französischen Ministerpräsidenten und zum polnischen "Ministerpräsidenten" General Sikorski, der übrigens auch von Herrn Hodza aufgesucht worden ist. Über die Fühlungnahme Beneschs mit österreichischen Legitimisten habe ich bereits berichtet. Grösser aufgemacht wurde schliesslich der Besuch Beneschs in dem in der rue Bonaparte gelegenen Hause, wo er während des Weltkrieges antiiert hat, und bei den im "Cercle Militaire" versammelten tschechischen Offizieren. An dem Empfang durch Letzere nahmen von französischer Seite u.a. teil die Generale Mittelhauser als früherer Chef des Generalstabes des tschechoslowakischen Heeres und Faucher als früherer Chef der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei.

Nach seiner Abreise aus Paris hat Herr Benesch in der "Oeuvre" einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er seine Kriegsziele darlegt. Er fordert darin ein neues Gleichgewicht zwischen den grossen Nationen; ein neues System für die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Grossmächten einerseits und den Klein- und Mittelstaaten andererseits; schliesslich ein neues System der kollektiven Sicherheit. Auch hier also stellt Herr Benesch unter Beweis, dass er der Ewiggestrige ist und bleibt.

gez. v. Bülow-Schwante.

An das Auswärtige Amt, Berlin.

Tuskáry:

Precht

9

Uebersetzt : Baier.

Die Aufwiegler des tschechischen
Volkes .

Jan Masaryk hetzt wieder im englischen Rundfunk und fordert das tschechische Volk zur Abwehr auf. Wir begreifen die Interessen dieses Dreivierteljuden, der mit der Hartnäckigkeit der eigenen Rasse für den Sieg Israels kämpft. Er verfolgt das durchsichtige Ziel, die anti-deutsche Stimmung zu nähren, um mit Hilfe der einheimischen Flüsterpropaganda das die Tatsachen nicht kennende Volk zu neuen unüberlegten Taten aufzustacheln.

Die britische Propaganda überdimensioniert jeden noch so bedeutungslosen Demonstrations-Versuch und erzählt der Welt und auch den eigenen Bürgern verschiedene Märchen über Revolten und Kämpfe, da nach dem Fall Polens und den schweren Verlusten der englischen Marine die etwas gedrückte Stimmung doch irgendwie gehoben werden muss. Für die englische Regierung ist das tschechische Volk nur ein Hilfsinstrument zur Erreichung unlauterer Ziele und das Schicksal, das uns treffen würde, ist den jüdisch-englischen Kapitalisten ebenso gleichgültig, wie das Schicksal irgendwelcher Gurkhas, Nigger oder Aschanten.

Nur Narren und Leute, die die Geschichte nicht kennen, können mit einer Hochherzigkeit Englands rechnen, nach deren Ansicht dieses das Bestreben hat, die kleinen Völker zu schützen. Diese törichten Ansichten stehen ausser jeder Diskussion und auch der erwartete Einfluss dieser verschiedenen Beneschs, Masaryks, Osuskys dort im Lande der Regierung des Goldes ist eine Kinderei, die von einer vollkommenen Unkenntnis der politischen Welt zeugt. Diese Leute sind ganz unbedeutende Kriegsagenten und deren Dienste werden nur durch einen angemessenen Sold gewertet. Von irgendeinem politischen Einfluss auf die Pläne Englands kann gar nicht die Rede sein und daher sind die Hoffnungen dieser Art ganz verfehlt.

Der Mensch könnte über der Verblendung eines Teiles der durch die weiland Demokratie erzogenen Leute verzweifeln. Davon habe ich schon letzthin gesprochen.

dass das Erbe der Partei-Erziehung, die durch Lügen und falsche Vorsepiegelungen die Sünden ihrer diebischen Repräsentanten verschleierte, Miasmafiguren im geistigen und moralischen Leben des Volkes hinterliess.

Dieses 20-jährige Belügen des Volkes, diese raffinierten Lügen, das immer und immer wiederholte Ausweichen und Versprechen war keine Kleinigkeit. Die ~~SFÄtzen~~ unserer politischen Demokratie erreichten eine tatsächliche Virtuosität unter der Leitung des Lügenmeisters, des Juden und heute kommt es ihnen wieder zugute.

Ich bitte Sie, wie käme denn unsereiner auf die Einfälle, mit denen die Flüsterpropaganda in den letzten Tagen verjüngt wird. ~~Die Frau, die das Walten jüdischer Pachtleute ahnen lässt, erzählt von Studentinnen, die sich vergifteten, da sie in der "Gestapo" vergewaltigt wurden. Wenn von einer Vergiftung gesprochen wird, dann kann man nur sagen, dass es sich nur absichtliche Vergiftung derer handeln kann, die solchem Unsinn Gehör schenken. Es wird auch erzählt, dass die Schuldigen barfuss zum Verhör geführt werden und die "Schwarzen" treten ihnen auf die Füsse, um sie zum Geständnis zu zwingen und wenn dies nicht gelingt, sperrt man sie in eiskalte Keller ein, wo man sie mit kaltem Wasser begiesst. Aber das ist noch nichts. Vorgestern und gestern wurde ich mit einer Tragödie unschuldiger Kinder verfolgt. Bei uns in der benachbarten Ortschaft Chabry fielen deutsche Soldaten in die Schule ein, fingen die Kinder ein und ein deutscher Arzt spritzte ihnen ein Serum für Verblödung ein. Des Kameraden Paulinchen, bekannte Frauen, jeder beklagte sich, dass in ganz Prag Gespäche darüber geführt wurden, wie man den Deutschen das "Impfen" heimszahlen könnte. Wundern Sie sich nicht, dass einen diese Sachen schliesslich doch zu verdriesen beginnen, wenn man sie immerzu hört, wenn man auch mit einer Engelsgeduld ausgestattet ist. Zum Schluss vergisst man seine gute Erziehung und begeht einen gesellschaftlichen Derbheit. Eine Frau in der Elektrischen flüstert der anderen etwas zu; plötzlich spricht sie lauter: Frau, ich habe unserem ~~Wadel~~ gesagt: Wenn sie zu Euch impfen kommen, dann spring aus dem ~~ens~~ und ich sage gutwütig darauf: " Sie soll das lieber nicht tun sie könnte den Fuss brechen; wenn sie ihnen nachgeraten ist, da kann ihr die Injektion nicht schaden. Wissen Sie, ich habe es sehr gut gemeint, aber mein Rat wurde sehr ungnädig aufgeno~~

11

Aber das macht nichts. Ich weiss, dass meine Ratschläge, die ich im Rundfunk erteile, auch durch viele Verblendete ungnädig aufgenommen werden, aber es gibt keinen Menschen auf der Welt, der es allen Menschen recht machen könnte und wenn mir Gotte die Gesundheit schenkt, werde ich es erleben und es wird wohl auch nicht gar zu lange dauern, dass wir uns mit vielen heutigen Zweiflern über die Richtigkeit ähnlicher Ansichten, die ich verkünde, auf einem Wege treffen.

Ich kenne das tschechische Volk besser als die Herren in London. Die sind mit dem Volk nie richtig in Berührung gekommen und kannten es nur von den Relationen verschiedener Herren Hajek und ähnlicher politischer Spitzel. Ich habe keine Sorge darum, wie alles ausfallen wird. Bis der einfache tschechische Mensch, dem politische Ambitionen fremd waren und der nicht Sinekuren und Mammon anhäufte, wie die falschen demokratischen Führer, die Wahrheit erkennt und einschätzen wird, wird er glücklich sein, dass er von den "Befreierern" befreit wurde. Bis er alle die Kohlen-, Schwellen-, Spiritus- und Benzin-affairen und ihre Hintergründe kennen wird, bis er in die Geheimnisse der Grundstück-Reform und in die verschiedenen Finanzbetrügereien seiner politischen Führer eingedrungen sein wird und erfährt, welche Aufgabe der Jude Dr. Berliner und andere ähnliche Betrüger in der demokratischen Politik spielten, dann begreift man erst, warum in diesem, von Gott so reich beschenkten Lande soviel Not und Elend zu finden war.

Dann wird es auch allen klar werden, warum die durch gemeinsame Schuld verbundenen Leute das patriotische Gefühl des Volkes missbrauchen, um das Gericht des Volkes hinauszuschieben, oder unmöglich zu machen. Befreien wir das Vaterland von diesen weissen Juden und ihren beschnittenen Auftraggebern. Leuchten wir in alle dunklen Winkel, damit das Volk diesen ganzen Greuel sehe, der ihm verborgen blieb. So werden wir die Erkenntnis herbeiführen und dann wird Ihnen allen klar werden, dass das, was Sie als Fluch betrachteten, die Rettung des Volkes vor der vollkommenen Vernichtung war.

Es ging wirtschaftlich mit uns bergab, in kultureller, moralischer Beziehung und auch die Population nahm ab; wir waren willenlose Puppen in einem geographischen Gebilde, das den Namen Tschechoslowakische Republik trug. Was nützte uns

12

die Selbstständigkeit und Freiheit, wenn Tausende Volks -
zugehöriger Wege suchten, um freiwillig die Gastfreundschaft
des Kriminalen aufzusuchen. Wie sah das Leben des Grossteils
des Volkes aus ? Ein verzweifelter Kampf um das Stückchen
Brot. Der Mangel hat die Herzen derjenigen verhärtet, deren
ehrliche Arbeit nicht anerkannt wurde. Der Zorn des Volkes
wurde durch politische Jongleure auf die unrichtige Spur ge-
leitet. Der Arbeiter hasste den Bauern, der Handarbeiter
sah im geistigen Arbeiter einen Parasiten . Ein Stand stand
dem anderen feindlich gegenüber, die Jungen den Alten, Kirche
gegen Kirche, alle gegen alle standen die Kinder einer Mutter
im brudermordenden Kampf. "Teile und herrsche" war die Parole
des Juden, der sich über dieses Babylon ins Fäustchen lachte.

Nicht Sklaverei, aber der neue Morgen eines
besseren Lebens winkt dem tschechischen Volk. Es liegt nun
an uns, die Gelegenheit zu ergreifen und unter der Obhut des
grossen Mannes aus dem Volk, Adolf Hitler, das Werk der Wiede -
geburt unserer Heimat zu vollbringen. Die soziale Gerechtigkeit,
die kulturelle Erhebung, nationale Reinheit, das sind die drei
Pfeiler, auf denen wir ein unsterbliches Denkmal errichten wer-
den, das für alle Zeiten das Symbol der Tschechen sein wird.

8888

f 24.11.

JdH. H. Händl
2

Der Chef der Sicherheitspolizei Berlin, den 16. Sept. 1940.
und des SD.

IV A 1 - B.Nr. 3636/40 g

Geheim

73

Betrifft: Die Kommunistische Partei Frankreichs unter besonderer Berücksichtigung der revolutionären Erscheinungen in der geschichtlich-politischen Entwicklung des französischen Volkes.

Anlage: 1 Abdruck.

Als Anlage übersende ich einen Bericht über "die Kommunistische Partei Frankreichs unter besonderer Berücksichtigung der revolutionären Erscheinungen in der geschichtlich-politischen Entwicklung des französischen Volkes" mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
in Böhmen u. Mähren
19. IX. 1940
IV - 329-240,4 P.S.

gez. H e y d r i c h



Beglaubigt:
Anlauf
anzulei angestellte.

Verteiler:

Reichssicherheitshauptamt Verteiler B
Referat IV D 6 besonders,
An die Staatspolizei-leit-stellen

nachrichtlich an:

die Inspekture und Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD.
die SD-(leit)-Abschnitte.

62

H. L. IV C - 2/40

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD

Geheim

Vom 24/9

14

Vom Hörsing 44 - a. Polizei Führer
44 - Führer Führer Wau
ausgelassen!

22008

i. A.

Thomson
44 - H' Daz

i. u. d. Cdo.
Chief

74/77.40

[Red handwritten signature]

[Red handwritten signature]

Geheim

Die Kommunistische Partei Frankreichs

unter besonderer Berücksichtigung der revolutionären Erscheinungen in der geschichtlich-politischen Entwicklung des französischen Volkes.

- I. Die französischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts. S. 1 - 5
- Die geistigen Voraussetzungen und die praktische Auswirkung der Revolution von 1789.
- Die Revolution von 1848 und 1871.
- Die Stellung der internationalen "Arbeiter-Assoziation" im deutsch-französischen Krieg von 1870/71.
- Die französische Revolution in der Selbstkritik der Marxisten und als Vorbild der revolutionären Erscheinungen in den verschiedenen Ländern Europas.
- II. Entwicklung und Organisation der KPF. S. 6 - 10
- Die KPF. als Verfechter der revolutionären Idee in Frankreich.
- Nutzenanwendung der aus den Niederlagen des französischen Proletariats gezogenen Lehren.
- Organisation, Gliederung und Nebenorganisationen der KPF.
- III. Die Tätigkeit der KPF. in der französischen Politik. S. 11 - 15
- Die Einheitsbestrebungen in der Gewerkschaftsfrage.

Die KPF. als Vorkämpferin der auf dem 7. Weltkongreß der Komm. Internationale propagierten Einheits- und Volksfrontpolitik.

Die Volksfrontregierung in Frankreich, der Generalstreik von 1937, die Regierung Daladier.

Das Verbot der KPF und seine Auswirkung.

Die KPF in der Illegalität

IV. Die Stellung des internationalen Kommunismus zum gegenwärtigen Kriege.

S.15 - 19

Die Haltung der KPF vor der Niederwerfung Frankreichs.

Die Auswirkungen des deutsch-russischen Vertrages:

Seitens der Regierungsstellen der UdSSR und seitens der Komintern.

Der Versuch der Komintern, die kriegerischen Ereignisse und Auswirkungen für die Pläne der Durchführung der Weltrevolution nutzbar zu machen.

Die Frankreich in diesem Zusammenhang zugeordnete Aufgabe im Westen Europas.

V. Ausblick.

S.19 - 22

Der kulturelle und rassische Verfall des französischen Volkes.

Die politischen Auswirkungen der Niederwerfung Frankreichs und die Ausnutzung des innerpolitischen Wirrwarrs durch die KPF.

Die KPF als einzige politische Organisation, die in Frankreich z.Zt. über einen weitausgebauten parteipolitischen Apparat verfügt.

Die Kommunistische Partei Frankreichs

unter besonderer Berücksichtigung der revolutionären
Erscheinungen in der geschichtlich-politischen Ent-
wicklung des französischen Volkes.

I.

Die französischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts.

Das politische Gesicht Frankreichs war vor dem Kriege das Spiegelbild des Verhältnisses, daß das französische Volk zu seinem Staate einnahm. Die innerpolitische Zerrissenheit des Volkes in Parteien und Interessengruppen formte unter der Anlehnung an die Idee der Demokratie ein Staatsgebilde, das in der dem Franzosen eigenen Art eine ins maßlose gesteigerte Übertreibung darstellte. Auch hier hat Frankreich den Beweis für die wiederholten Erscheinungen gebracht, Strömungen künstlerisch oder politisch umwälzender Art ins Wesenlose zu steigern und durch übertriebene äußere Formen lediglich eine Fassade ohne Inhalt darzustellen. Dem "klassischen" Frankreich hat bereits seit den Glaubenskämpfen, die das 14. bis 16. Jahrhundert formten und die mit dem Bluttod der Hugenottenführer und mit der Abwanderung Hunderttausender der völkisch Besten ihr Ende fanden, der Rückhalt in der rassisch guten Führungsschicht gefehlt. Der echte Stolz und die verkörperte Ritterlichkeit in der Blüte der Nation war nicht nur zeitlich, sondern für alle Zukunft dem Staate verloren. Dies ist die entscheidende Tatsache geworden, die die Änderung des Charakters der franzö-

sischen Nation für immer besiegelte. Auch die französische Revolution, die blutvoll und von befruchtenden Ideen getragen war, konnte nicht das ersetzen, was bereits an rassischer Kraft verlorengegangen war. Der französische Geist, der mit bekanntem Witz und Scharfsinn ausgestattet im 17. und 18. Jahrhundert alles Bestehende zu untergraben im Stande war und mit der sogenannten klassischen Philosophie die geistigen Voraussetzungen für die Revolution schuf, war so wenig schöpferisch und so lebensfern, daß tatsächlich der Begriff und die Idee der Revolution selbst nur eine Übersteigerung ins Blutige und ins Untermenschentum erfuhr, die bisher ihre Parallele nur in der bolschewistischen Revolution in Rußland gefunden hat. Nicht die Machtfülle einer Idee, sondern die Ohnmacht und Charakterschwäche überspitzer Theorien ohne artgebundenen Rückhalt haben in diesem Weltgeschehen die Macht- und Blutgelüste des politischen und kriminellen Untermenschentums zum Ausdruck gebracht, den Verfall eines Staatssystems so herbeigeführt, daß alle niederen Instinkte des hungernden Volkes erfaßt wurden und zur Entladung kamen. Die aus dieser Entwicklung geborene Demokratie, als den Absolutismus ablösende Staatsform, hat in den folgenden Jahrzehnten, wenn nicht in der äußeren Form, so doch politisch zeitlich bedingt in ihren wesentlichen Bestandteilen das Fundament der französischen drei Republiken gegeben.

Die revolutionären Erscheinungen, die in der Geschichte Frankreichs von wechselvoller Bedeutung sind, und die in der späteren Zeit durch die Revolutionen von

1848 und 1871 besonders gekennzeichnet sind, lassen ein organisiertes Untermenschentum in den Vordergrund treten, das als "Arbeiterklasse", "Proletariat" oder als "Pariser Kommune" bezeichnet wird. Hier erkennt man die Vorläufer der marxistischen oder kommunistischen Organisationen, die Vorläufer der II. und III. Internationale. Die Betrachtung dieser geschichtlichen Ereignisse von seiten führender Marxisten führen in diesen Kreisen neben der Verherrlichung der "Opfer" zu einer Selbstkritik, die für das gesamte spätere politische Handeln und für die innerparteilichen Ausrichtungen von ausschlaggebender Bedeutung wurde. Die Schläge, die der Arbeiterklasse in den blutigen Aufständen versetzt wurden, schufen bereits zu jener Zeit den tiefgründigen Haß gegen die bürgerlichen Kreise, Parteien und gegen die bürgerliche Demokratie.

Die Frage nach der Stellung der internationalen Arbeiterschaft vor und nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870-71 ist insofern interessant, als sie in ihrer problematischen Erkennung und Auswirkung Parallelen zur heutigen Zeit aufzeigt. Am 12. Juli 1870 wurde von den Pariser Mitgliedern der Internationalen ein Manifest "An die Arbeiter aller Nationen" veröffentlicht, in dem die unauflöslliche Solidarität aller Mitglieder der "Internationalen Arbeiter-Assoziation" proklamiert wurde. Diesem Aufruf gingen Zustimmungserklärungen aus dem Deutschen Reich zu, die im gleichen Sinne gehalten waren und die auch mit der Losung "Proletarier aller Länder vereinigt Euch" unterzeichnet waren. Anerkennung fand auch auf französischer Seite die

offizielle politische Haltung von Bebel und Liebknecht, die sich bei der Reichstagsabstimmung vom 19. Juli 1870 über die Kriegskreditanforderung der Stimme enthielten. Nach ihren eigenen Auslassungen stimmten sie nicht gegen diese Kreditgewährung, weil der französische Arbeiter in einem solchen Verhalten eine direkte Unterstützung des Bonapartismus hätte erblicken können. - Die deutschen und französischen Arbeiter hatten offiziell Stellung gegen den Krieg genommen; nach Ansicht der Marxisten hatten Bismarck und Bonaparte zu gleichen Teilen Schuld am Kriege. Marx und Engels hoben hervor, daß der Krieg, solange er von deutscher Seite defensiven Charakter trug, selbst von der Arbeiterschaft unterstützt werden müsse, weil sie namentlich bis zur Schlacht bei Sedan von einer Niederlage Frankreichs erhofften, daß endlich innerhalb der französischen Arbeiterschaft die kleinbürgerliche Entstellung des Sozialismus (der Proudhonismus) verschwinden würde und der Marxismus nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich zur Ideologie der Arbeiterschaft werden sollte. Hatten die Pariser Arbeiter sich während des Krieges darauf beschränkt, die Fortsetzung des Kampfes zu fordern, so schritten sie bei der Kapitulation der Hauptstadt zum offenen Bürgerkrieg, führten die Bewaffnung des Proletariats durch und proklamierten am 28. März die am 26. März erwählte "Pariser Kommune", der eine Herrschaft von 72 Tagen folgte. Diese Revolution der Pariser Kommune war nach Marx die erste Revolution des Proletariats, die wirkliche Volksrevolution, mit der Errichtung der Kommune als gleichbedeutend mit der Proklamation der Diktatur des Proletariats, die das Parlament beiseiteschiebt und nur die Initiative des Volkes ent-

faltet. Nimmt man noch hinzu, daß dieses Proletariat sich gegen das preußische Heer zu stellen gedachte, dann erkennt man schon an diesem Beispiel, die Zwiespältigkeit des internationalen Marxismus im überstaatlichen politischen Weltgeschehen.

Zu ersehen ist auch hier bei der Selbstkritik durch die Marxisten, daß die Revolution von 1871 wohl eine Weiterentwicklung seit der Revolution von 1848 bedeutete und in ihren Augen Vorbild war für die russische Revolution von 1905 und 1917, und für die Revolutionen von 1919 bis 1923 in Deutschland, Ungarn, Italien und Bulgarien, daß aber auch hier innere und äußere Fehler zum blutigen Erliegen führen mußten. Angeführt wird hierbei der Mangel an Organisation, die seitens der Kommune geübte Nachsicht, das Fehlen des erforderlichen roten Terrors, die lokale Beschränkung der Revolution auf Paris usw. Als Bedingung für die Zukunft setzte man daher neben der Beseitigung dieser erkannten Fehler die höhere Entwicklung der Produktionskräfte und der Reife des Proletariats.

II.

Entwicklung und Organisation der KPF.

Nach der Gründung der III. - der kommunistischen - Internationale, sind all diese Fehler ausgemerzt und die daraus gezogenen Lehren für die taktische und technische Durchführung der marxistisch-kommunistischen Bestrebungen

festgelegt und bereits zur Auswirkung gelangt. Bedeutungsvoll ist in diesem Zusammenhang, daß gerade die französische kommunistische Partei als Sektion der III. Internationale eine bedeutende Rolle spielt, was dadurch besonders gekennzeichnet wird, daß gerade sie wiederholt als die treueste Sektion innerhalb der kommunistischen Parteien der Länder der III. Internationale bezeichnet wurde. Die kommunistische Partei Frankreichs leitet naturgemäß ihre Tradition aus all diesen revolutionären Bestrebungen und Erscheinungen im eigenen Lande ab. Sie betrachtet sich als berufen, das Andenken an die große französische Revolution in sich fortzutragen und durch eine neue geplante Revolution zur größeren Vollendung zu bringen. Dies hat der kommunistische Parteiführer Maurice Thorez am 150. Jahrestag der französischen Revolution zum Ausdruck gebracht, indem er sagte: "Nur die kommunistische Partei feiert ohne Vorbehalt das Andenken jener großen Heldenzeit. Wir bleiben ihrem Andenken und ihrem Werk treu, das wir mit der Vorbereitung der nächsten Revolution vorwärts treiben." Er betonte hierbei, daß die Exzesse der Revolution lediglich eine Folge der konsequenten Haltung gewesen seien und daß diese heute wie damals voll gerechtfertigt wären. Aus all diesen Gesichtspunkten heraus muß eine Darstellung der Entwicklung, Organisation und Tätigkeit der kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) gegeben werden, um ihre Haltung und Stellung in der französischen Volksfront-Regierung, vor, während und nach dem jetzigen Kriege in ihrer Abhängigkeit von den Direktiven der Komintern betrachten und beurteilen zu können.

Im Jahre 1920 wurde die kommunistische Partei Frankreichs aus Splittergruppen der französischen sozialistischen Parteien und als Sektion der III. Internationale entsprechend der Organisation der Komintern zentralistisch aufgebaut. Beim Eintreten der Wirtschaftskrise in den Jahren 1928/29 nutzte die KPF die einsetzende Unzufriedenheit und die schlechte soziale Lage der Bevölkerung für ihre kommunistische Propagandaarbeit aus. Sie gewann an Stärke und an politischem Einfluß, wozu die außenpolitischen Rückschläge ebenfalls zu einem erheblichen Teil beitrugen. Die KPF. zählte im Jahre 1932 31.518 Mitglieder. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1938 bereits auf 341 000 Mitglieder, wozu neben 100 000 Jungkommunisten eine große Anzahl von Anhängern in den Unterorganisationen und noch eine größere Zahl Sympathisierender zuzuzählen sind.

Oberstes Organ der KPF war der National-Kongreß. Seine Aufgabe war, die Beschlüsse der Komintern zu billigen und die Mitglieder des Zentral-Komités, die von Moskau bestimmt wurden, zu wählen. Die Bedeutung des National-Kongresses war insofern gering, weil er praktisch lediglich eine Formsache darstellte. Als tätiges höchstes Organ wird das Zentral-Komité angesehen, das die politischen und organisatorischen Aufgaben zu leiten und ihre Durchführung zu überwachen hatte. Es trat mindestens zweimal im Monat zusammen, bestand aus 46 Mitgliedern und bildete als Spezialabteilung das Polit-Büro und das Org-Büro. Von diesen zwei Einrichtungen war das Polit-Büro das politisch leitende und ausführende Organ der KPF, während das Org-Büro die Aufgabe hatte, in

allen Fragen der Leitung und der Organisation zu entscheiden.

Nach unten gliederte sich die KPF. in Regionen, Abschnitte und Zellen. Insgesamt bestanden in Frankreich 24 Regionen, an deren Spitze je ein Sekretär der Partei stand, dem wiederum eine Organisations-Kommission und ein regionales Komité von etwa 15 Mitgliedern beigegeben war. Paris bildete eine eigene Region, der 13 Abschnitte nachgeordnet waren.

Vorsitzender der KPF war Maurice Thorez, sein Vertreter Jaques Duclos. Als maßgebende Mitglieder der Parteileitung und z.T. als parlamentarische Vertreter sind folgende Personen zu nennen: André Marty, Capgras, Grzesinski, Marcel Cachin, Grandjeon, B. Michailow, Jean Renaud, Marcel Gitton, Gaston Monmousseau, Arthur Ramette, J. Berlioz, Francois Billoux, Léon Mauvais, Florimond Bonte, Henri Reynaud, Cilly Vassart und Tillonn.

Neben der kommunistischen Partei Frankreichs bestanden weiter folgende bedeutende kommunistische Neben- und Hilfsorganisationen: Die "Rote Hilfe", die in Frankreich rund 2 000 Ortsgruppen hatte und in letzter Zeit aus Tarnungsgründen die Bezeichnung "Französische Volkshilfe" trug. Neben der Aufgabe, die die "Rote Hilfe" Frankreichs im Rahmen der "Internationalen Roten Hilfe" ausführte, war sie in der letzten Zeit im besonderen Maße an der Betreuung und Ausrüstung der in Paris befindlichen Freiwilligen für Rotspanien aktiv beteiligt.

Der "Kommunistische Jugendverband Frankreichs" (KJVF) wuchs mit dem zunehmenden Einfluß der KPF bis auf eine Mitgliederstärke von etwa 100 - 150 000 Jungkommunisten im Jahre 1938 an. Generalsekretär war G r a n d j o u o n, der zugleich Beauftragter der kommunistischen Jugend für die Zersetzung der französischen Armee war.

Die "Rote Gewerkschaftsinternationale", Sektion Frankreich, nannte sich "Confédération Général du Travail Unitaire" (CGTU). Die Mitgliedschaft zu dieser Gewerkschaftsorganisation setzte nicht eine direkte Zugehörigkeit zur KPF voraus. Der KPF ist es im Laufe der Zeit gelungen, durch Propagierung der Gewerkschaftseinheit und durch die Propagierung der einheitlichen Forderungen aller Angehörigen der Arbeiterklasse, innerhalb der französischen Gewerkschaften führend zu werden und vor allen Dingen in die "Confédération Général du Travail" (CGT), der maßgebenden Gewerkschaft der II. Internationale, einzudringen und mit der Vereinigung der CGTU. mit der CGT. Ende des Jahres 1935 führend in allen Gewerkschaftsangelegenheiten tätig zu werden. Dieser Verschmelzungsprozeß brachte einen Mitgliederzuwachs, der von 1 Million Mitglieder im Jahre 1935 in den folgenden Jahren auf 5,5 Millionen Mitglieder anstieg.

Die französischen Arbeiter-Sportorganisationen schlossen sich im Jahre 1935 zu der "Arbeiter-Sport- und Turner-Föderation" (FSGT) zusammen. Mit etwa 125 000 Mitgliedern bildete diese Organisation innerhalb des französischen Sportlebens einen beachtlichen Faktor.

Ein großer Teil der Anhänger der kommunistischen Idee in Frankreich waren nicht der KPF oder einer ihrer Unterorganisationen angeschlossen, sondern in anderen z.T. getarnten oder unter kommunistischem Einfluß stehenden oft loseren Organisationen zusammengefaßt. Hierzu zählen: "Frauenbewegung gegen Krieg und Faschismus", "Bund der Freunde der Sowjetunion", "Republikanischer Frontkämpferbund" (ARAZ), "Verband revolutionärer Schriftsteller und Künstler", "Weltkomité für den Kampf gegen Krieg und Faschismus", "Komité für die Befreiung Thälmanns", "Liga gegen Imperialismus und die Unterdrückung in den Kolonien", "Komité für die Aufrechterhaltung der Humanität", "Der Freundeskreis Pariser Emigrantenorganisationen", "Liga für Menschenrechte", "Union für Recht und Freiheit in Deutschland", "Weltvereinigung für den Frieden" (RUP).

Das Zentralorgan der KPF, die allgemein über eine weitverbreitete kommunistische Presse verfügte, war die Tageszeitung "L'Humanité", deren Auflage zwischen 2 und 300 000 schwankte. Herausgeber war der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin. Hinzukommen noch unzählige Provinz- und Wochenblätter, Zeitschriften, Fabrik- und Zellenzeitungen.

III.

Die Tätigkeit der KPF. in der französischen Politik.

Auf Grund der obengeschilderten Zusammensetzung und straffen Ausrichtung wurde die kommunistische Partei Frank-

reichs die Vorkämpferin für die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die bestehende Regierungsform und gegen das bestehende Regierungssystem. Auf dem 7. Weltkongreß der kommunistischen Internationale im Jahre 1935, auf dem die Einheits- und Volksfrontpolitik als die neu zu verfolgende Linie der kommunistischen Parteien proklamiert wurde, wurde die französische Sektion der Komintern als vorbildlich und beispielgebend für alle Sektionen der kommunistischen Internationale hingestellt. Frankreich wurde als das Land bezeichnet, in dem die Arbeiterklasse dem gesamten internationalen Proletariat das Beispiel gibt, wie man den Kampf gegen den Faschismus zu führen hat. Der KPF war es bereits bei der offiziellen Proklamierung der Einheits- und Volksfronttaktik durch die Komintern gelungen, im Februar 1934 unter dem frischen Eindruck der angeblich durch die "Feuerkreuzler" geplanten Aufstandsbewegung die Schaffung von Einheitsfrontkomités zu gründen. Die Zahl dieser Komités stieg von anfänglich 400 im Jahre 1935 auf über 1500. Nach dem Abkommen über die Aktionseinheit mit den französischen Sozialisten (Leon Blum) wurden Einrichtungen dieser Art im ganzen Lande errichtet, deren Zusammenfassung "Front-Kommune" genannt wurde. Über diese Zusammenfassung hinaus wurde auf energisches Betreiben der KPD als Dachorganisation eines aus innerpolitischen Zweckmäßigkeit erwünschten Zusammenschlusses von Sozialisten, Radikal-Sozialisten und Kommunisten die Volksfront (Front Populaire) gegründet. Die Regierung Leon Blum und die nachfolgende Regierung Chautemps, die im Jahre 1936 an die Macht kam, stützten sich auf diese Volksfront, wobei die

KPF nicht in der Regierung selbst vertreten war, sondern lediglich als Regierungspartei anzusprechen war. Die taktisch gut durchgeführte Einheit in der Gewerkschaftsorganisation, die wie oben geschildert, im Jahre 1935 durch die KPF zustandegebracht war, erlaubte es den kommunistischen Vertretern, durch ihre radikalen sozialen Forderungen über den Gewerkschaftsverband die Volksfrontregierung anzugreifen, ohne selbst als Regierungspartei dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Der Generalstreik im Jahre 1937, der auf den blutigen Vorfall in der Pariser Vorstadt Clichy im März 1937 zurückzuführen war, und der als Volksdemonstration von seiten des radikalen einheitlichen Gewerkschaftsverbandes gegen die französische radikal sozialistische Partei gerichtet anzusehen war, brachte die französische Volksfrontregierung zu einer Kapitulation auf der ganzen Linie. Die starke Machtstellung der Kommunisten in Frankreich kam weiter durch die dem Generalstreik folgenden kleineren Streiks zum Ausdruck. Unter der geschickten Ausnutzung der gewerkschaftlichen Forderungen machte die KPF ihren Einfluß in der Volksfront ständig mehr geltend. Auf der anderen Seite machte sich die Abneigung der ideologisch stark belasteten sozialistischen Partei, der Radikalsozialisten und der Mittelparteien gegen die verhaßten Kommunisten nach außen hin immer stärker bemerkbar. Das zeigt sich besonders in den ernststen Krisen, der die Volksfront ausgesetzt war und die durch eine Reihe von Regierungswechseln im Frühjahr 1938 gekennzeichnet war. Mit der dann folgenden

Stabilisierung des französischen Regierungsapparates durch die radikal-sozialistische Partei unter dem Ministerpräsidenten Daladier wurde die erst in der Volksfront so tonangebende KPF zurückgedrängt und erlag den Forderungen der radikal-sozialistischen Partei, die eine Regierung unter Ausschluß der Kommunisten und unter bewußtem Abrücken von der Volksfront forderte. Die sich s.Zt. stetig vollziehende Verankerung der Regierung Daladier machte den kommunistischen Einfluß unwirksamer. Bereits damals begann angesichts der Konzentration der Sozialisten und der Mittelparteien eine schwere politische Krise für die kommunistische Partei und für ihre Stellung im Gewerkschaftsverband. Waren bereits damals Tageszeitungen der KPF verboten, so brachte der von der Sowjetunion mit Deutschland abgeschlossene Freundschaftspakt bei der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland die KPF, die sich nach den direkten Anweisungen Moskaus zu richten hatte, in entschiedenem Gegensatz zur französischen Regierung und zu den übrigen Parteien. Eine Folgeerscheinung war, daß die KPF im September 1939 mit allen ihren Gliederungen und Nebenorganisationen verboten wurde. Auf ein solches Verbot war die KPF gemäß ihrer konspirativen Weisungen vorbereitet. Das Aufziehen bzw. der Übergang in die Illegalität war somit eine weit vorbereitete und schnell durchführbare Maßnahme seitens der Leitung der KPF. Aus Tarnungsgründen wurde weiter die französische "Arbeiter- und Bauernpartei" gegrün-

31

det und entsprechende Presseorgane für die illegale und für die nach außenhin legale getarnte kommunistische Propagandaarbeit geschaffen. Die "Arbeiter- und Bauernpartei" setzte sich aus 52 Kammermitgliedern zusammen, die an H e r r i o t einen Brief richteten, in dem sie nach dem Polenkriege die russische Politik sowie die Annektion Polens verherrlichten, die Grundsätze der Komintern propagierten und in Bezug auf ihre Stellungnahme zum Kriege den sofortigen Friedensschluß mit Deutschland forderten. Dieser Brief war für die französische Regierung der Anlaß, starke Maßnahmen gegen die KPF einschließlich der Kammermitglieder, von denen 40 festgenommen wurden, zu treffen. Alle diese Maßnahmen der Regierung konnten die KPF nicht hindern, vermöge ihres rechtzeitig auf die Illegalität umgestellten Apparates, ohne Berücksichtigung der von der Regierung ausgesetzten und verhängten schweren Strafen eine Propagandatätigkeit großen Ausmasses einzuleiten und durchzuführen. Die illegale Organisation war nach dem Dreiergruppensystem aufgezo-gen und ganz Frankreich von einem Riesennetz solcher Dreiergruppen durchzogen, die ihre Direktiven von den ins Ausland geflüchteten Führern der KPF erhielten. Flugblätter und Plakate mit kommunistischer Tendenz wurden in Industriezentren verteilt und angeschlagen und darüberhinaus eine rege Mund- und Flüsterpropaganda getrieben. Inhalt der gesamten Propagandatätigkeit in Wort und Schrift war die Forderung nach der sofortigen Einstellung der Feindselig-

32

keiten. Die Aktionen wurden durch illegale Sender und durch zahlreiche Boykottaktionen und Demonstrationen unterstützt. Die kommunistischen Frauen bearbeiteten propagandistisch an ihren Arbeitsstellen in kriegswichtigen Betrieben die dort beschäftigten Arbeiter und die in Urlaub kommenden Soldaten. Durch die Regierung wurden annähernd 300 kommunistisch durchgesetzte Gemeinderäte suspendiert, rund 3000 kommunistische Volksvertreter in Gemeinden und Provinzen ihrer Mandate enthoben, 159 kommunistische Zeitungen verboten, zahlreiche Gewerkschaften und andere Organisationen aufgelöst und fast sämtliche Mitglieder der KPF, die in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigt waren, aus ihrer Arbeitsstelle entlassen. Die mit Bewährungsfrist verurteilten unter Anklage gestellten Kommunisten wurden einem Konzentrationslager zugeführt und unter Anwendung verschärfter Regierungsbestimmungen im Mai/1940 allein 11 Kommunisten zum Tode und 22 zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

IV.

Die Stellung des internationalen Kommunismus zum gegenwärtigen Kriege.

Diese an sich konsequente Haltung und Stellungnahme der französischen Kommunistischen Partei zu der grundsätzlichen Frage und Einstellung zum Kriege stellte für die ihr gesetzten Ziele, die Durchführung der Weltrevolution, eine reine taktische Zweckmäßigkeitlösung dar, die als Verfolg der offiziellen politischen Linie der

33

Komintern zu werten ist. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang, daß auch dem französischen Kommunisten, bei dem man oft versucht war, ihm trotz der direkt internationalen Einstellung einen französisch nationalen Anstrich zu geben, in diesem Falle lediglich den Verfolg der überstaatlichen bolschewistischen Idee zusprechen mußte. Im weiteren entspricht diese Haltung der KPF den offiziellen bolschewistischen Richtlinien, die die Komintern auch im Hinblick auf den zwischen Deutschland und der Sowjet-Union geschlossenen Freundschaftspakt verfolgte. Die Haltung der amtlichen sowjet-russischen Stellen nach Abschluß dieses Vertrages kann, wie durch Reden und Äußerungen des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten M o l o t o w auf den Tagungen des Obersten Sowjets der UdSSR. zum Ausdruck gebracht wurde, als loyal und in allen Fällen als korrekt angesehen werden. Als Begründung und als Entschuldigungsgründe für diesen Vertrag brachten die amtlichen Sowjet-Stellen ihrem Volke gegenüber den Wert dieses Vertrages dadurch zum Ausdruck, daß hierdurch die Koalition der imperialistischen Mächte, die sich durch das Münchner Abkommen auf einer gemeinschaftlichen Linie gefunden hatten und deren Ziele angeblich der Krieg mit der Sowjet-Union und deren spätere Vernichtung sein sollte, zerschlagen wurde. Für die Sowjet-Union war die Verhinderung einer Verwicklung des eigenen Staates in das Kriegsgeschehen und die Befreiung hunderttausend polnischer Staatsangehöriger aus dem sogenannten "Gutsherrenstaat" der nach außen hin sicht-

39

barste Erfolg.

Der Komintern, die bekanntlich von den amtlichen sowjet-russischen Regierungskreisen in keiner Weise zu trennen ist, fiel und fällt es bedeutend schwerer, sich an die Abmachungen der Nichteinmischung in innerpolitische Angelegenheiten des anderen Staates zu halten. Während Molotow als Vertreter seines Staates die Nichteinmischung offiziell und wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, ist es der Komintern praktisch unmöglich, diese Nichteinmischung mit ihren Zielen internationalen Charakters auch nur in etwa in Einklang zu bringen. Daß die Komintern in all ihrer praktischen Arbeit auf eine direkte Einmischung nicht nur in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands und Frankreichs, sondern sämtlicher europäischer und außereuropäischer Staaten nach wie vor mit gesteigerter Intensität einzugreifen versucht und eingreift, ist auch heute eine Selbstverständlichkeit, die nicht weggeleugnet werden kann. Für die amtlichen Stellen der Sowjet-Union, von denen die Komintern abhängt, bedeutet die Komintern der nichtstaatliche Apparat, der für all seine Bestimmungen im internationalen Maßstabe eingesetzt werden kann, ohne daß man auf Grund der zwischenstaatlichen Abmachungen der Sowjet-Union einen direkten von ihr gemachten Vertragsbruch nachweisen könnte. All die Momente, die die Sowjet-Union nach außen hin nicht offiziell vertreten und propagieren kann, werden somit zum Gegenstand und zur Aufgabe der inoffiziellen Arbeit der Komintern. Daß diese Arbeit gera-

35

de in der Jetztzeit, im Kriege, von einer besonderen Stärke ist, ist bereits eine feststehende Tatsache geworden. Dies kommt selbst in den offiziellen führenden Organen der Komintern offen zum Ausdruck. Stand man zu Anfang der kriegerischen Ereignisse, trotz der Verurteilung des gegenwärtigen Krieges wegen seines imperialistischen Charakters, diesen in etwa neutral gegenüber, so kann man bereits jetzt nach der Niederwerfung, besonders Frankreichs, einen Umschwung in der Haltung der Komintern feststellen. In den Aufrufen des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale nimmt dieses in der von ihr bekannten schroffen Form Stellung gegen den Krieg und fordert die Proletarier aller Länder zum Kampfe gegen den imperialistischen Krieg, gegen die faschistischen Staaten und gegen die bürgerlichen Demokratien auf. Es ist eine nicht zu verkennende Tatsache, daß die Komintern gerade im heutigen Stand des Zeitgeschehens sich besonders der französischen Sektion der Komintern annimmt. Wird die ersteingenehmene loyale Haltung damit begründet, daß die Komintern -einschließlich der KPF- die Beseitigung des Versailler Friedensdiktates forderte, womit die oben angeführte Haltung der KPF zum Teil mitzuerklären ist, so stellt sich diese heute mit derselben Kraft gegen die zu erwartende Lösung des europäischen Problems nach dem Kriege. Es ist selbstverständlich, daß die Komintern ihr Augenmerk im Westen Europas in erster Linie auf das französische Volk und auf den zerschlagenen französischen Staat richtet, zumal Frankreich schon nach Ansicht Lenins

nach Spanien das zweite bolschewistische Bollwerk im Westen Europas werden sollte. Um so stärker verlegt die Komintern ihr Hauptaugenmerk auf Frankreich, weil nach dem Mißerfolg der spanischen Volksfront-Politik und des für sie verlorenen spanischen Bürgerkrieges Frankreich vorerst als das Land angesehen wird, daß nach der gescheiterten Volksfrontpolitik in dem jetzigen staatlichen Verfall für die Durchführung der bolschewistischen Idee und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats reif zu sein scheint.

V.

Ausblick.

Der kulturelle und rassische Verfall des französischen Volkes in der sogenannten westlichen Zivilisation ist in den vergangenen Jahrzehnten auf einem Höhepunkt angelangt, daß der Begriff des sterbenden Volkes in Bezug auf Frankreich Allgemeingut infast allen gesunden Staaten Europas geworden ist. Der immer mehr zurückgedrängte Einfluß des nordischen Menschen, des keltischen Einflusses und das Übergewicht der alpinen Rasse im öffentlichen Leben des französischen Staates hat zu einem Auseinanderfallen des Volksganzen geführt, der jede sittliche und rassische Kraft des französischen Menschen verfallen ließ. Es ist verständlich, daß in einem Volk, dem die Idee, ein einheitliches Volk und eine blutsmäßig zusammengehörige Nation zu sein, fehlt, jede politische

Strömung, der eine zersetzende Kraft und eine Skrupellosigkeit in dem Verfolgen ihrer Ziele nicht fehlt, leicht Eingang findet. Daß der sogenannte französische Bürger, der noch nie in der Geschichte zu einer selbständigen politischen Haltung die Initiative des gesunden Kampfes für sein Volk gegen die Masse eines verseuchten Proletariats oder gegen die Masse der sozial Schlechtgestellten, einen auch nur geistigen Widerstand organisieren und vertreten kann, ist nach der bisherigen geschichtlichen Entwicklung ausgeschlossen. Aus all diesen Gründen ist die KPF nach dem Zusammenbruch des bürgerlich-demokratischen Frankreichs, das sich zu guterletzt noch den leisen Anstrich einer nationalen Diktatur zulegen wollte, dazu übergegangen, ihre illegale Organisations- und Propagandaaarbeit auf das höchste Maß zu steigern. Sie versucht, den Kampf, der durch die neuen Richtlinien und Komintern vertreten wird, mit besonderem Nachdruck gerade in der jetzigen Zeit des politischen Durcheinanders ins das Volk hineinzutragen und eine Einheitsfront des französischen Proletariats und des französischen Kleinbürgertums zu schaffen. Ihre Absicht ist, die bestehende Regierung, die keinesfalls von ihr anerkannt wird, zu stürzen. Aus all den Lehren, die die KPF aus der revolutionären Geschichte ihres Landes, aus den politischen Geschehnissen vor und während des Krieges und vor allem aus der Zeit der Volksfront-Politik gezogen hat, kommt sie zu der Schlußfolgerung, nicht die Einheitsfront im alten Sinne durch Herbeiführung einer Einigung mit den sozialistischen und sonstigen oppositio-

38

nellen Gruppen und Parteien aufzubauen, um auf diese Weise an der Regierung eventuell mitbeteiligt zu werden. Ihr Bestreben, geht vielmehr darauf hinaus, so wie es die Richtlinien der Komintern vorschreiben, durch taktische politische Manöver und wenn erforderlich, durch Gewalt und Terror eine Einheitspartei von unten her zu schaffen, mit der die KPF ihr Ziel ein Sowjetfrankreich zum Erfolg bringen will. Dieses taktische Vorgehen hat sie in der gegenwärtigen politischen Lage und in Erkennung der augenblicklichen Zugänglichkeit der französischen Volksmassen für eine nach außen hin immerhin starke Idee eingeschlagen.

So hat die KPF

- 1.) ihre gesamte politische illegale Propagandatätigkeit in dieser Richtung eingesetzt,
- 2.) durch die getarnte Einflußnahme in Verwaltungs- und Staatsstellen einen weiteren Erfolg versprechenden Anhaltspunkt für die Durchführung ihrer Pläne.

Es muß bei all diesen Gesichtspunkten in erster Linie berücksichtigt werden, daß gerade Frankreich über eine Menge kommunistischer Führer verfügt, die durch die frühere legale Organisation der KPF und durch den für die Illegalität aufgezogenen Apparat als Funktionäre bis in die kleinsten und entlegensten Einheiten und Orte innerhalb Frankreichs zerstreut sind. Die KPF ist im heutigen politischen Frankreich wohl die einzige Organisation, die bei ungenügender Beobachtung und Bekämpfung allein in der Lage ist, das politische, nach einem Aus-

weg suchende Volk in kurzer Zeit zu organisieren und wenn nötig, soweit politisch zu lenken, daß sie mit Gewalt durch einen Umsturz die innerpolitische Führung übernehmen kann.

Die Gefahr einer solchen Entwicklung in Frankreich für die politischen Ziele des Reiches und für die gesamte spätere Gestaltung Europas ist so bedeutend, daß der leiseste Ansatz zu dieser aufgezeigten Entwicklung mit aller Schärfe im Keime erstickt werden muß.